

Von Bonn nach Berlin: Gibt es einen Wandel in der außenpolitischen Kultur Deutschlands seit der Einheit?

Beate Neuss

Auf der mit Außen- und Verteidigungsministern der NATO-Staaten hochrangig besetzten Sicherheitskonferenz, die Mitte Februar in München stattfand, ließ der erkrankte Bundeskanzler Schröder seinen Verteidigungsminister ein Papier vorlesen, in dem massiv Kritik an der NATO geübt wurde. Sie sei „nicht mehr der primäre Ort, an dem die transatlantischen Partner ihre strategischen Vorstellungen konsultieren und koordinieren“.¹ Der Kanzler hatte nicht einmal unrecht. Aber seine Einlassung war nicht vorbereitet. Seine Minister waren nicht informiert, auch nicht NATO-Generalsekretär de Hoop Scheffer, nicht die westlichen Bündnispartner. Vor allem fühlten sich die amerikanische Administration brüskiert, deren Präsident sich gerade auf den Weg zu einer Charme-Offensive in Europa machte, mit dem Ziel, die transatlantischen Verstimmungen zu kitten. War der Beitrag des deutschen Bundeskanzlers eine gute Initiative um eine Reform der NATO in Gang zu setzen? Ein geschickter Schachzug gegen die amerikanische Regierung vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, wie einige Kommentatoren meinten? Oder schlicht ein ad hoc-Alleingang des Kanzlers? Gerhard Schröder artikuliert in seiner Rede auch die Abkehr von der Tradition: „Die Vergangenheit darf nicht der Bezugspunkt sein, wie das so oft in transatlantischen Treueschwüren der Fall ist. Wir müssen uns an die neuen Umstände anpassen.“² Gibt es also eine neue deutsche Außenpolitik? Einen deutschen Weg, den die Bundesrepublik mit großem Selbstbewusstsein und weniger Rücksicht auf Partner geht?

„Bonner Republik“ oder „Berliner Republik?“ Kontinuität oder Wandel in der Außenpolitik seit der deutschen Einheit im Jahr 1990? Der dramatische globale Wandel unter dessen Eindruck deutsche Außenpolitik seit 1990 steht, schließt aus, dass die Außenpolitik des vereinten Landes identisch sein könnte mit der der Bundesrepublik vor 1990. Der Kontext

¹ FAZ, 14.2.2005, S. 2.

² FAZ, 14.2.2005, S. 2

deutscher Außenpolitik hat sich verändert: Deutschland ist souverän, die durch die Teilung eingegengten Handlungsspielräume haben ihre Begrenzung verloren. Gefahren von benachbarten Staaten drohen nicht länger. Die alten Bedrohungen sind jedoch durch bis dahin unbekannt diffuse Gefährdungen ersetzt worden, auf die mit neuen Instrumenten geantwortet werden muss. Die globalen Herausforderungen an deutsche Außenpolitik haben neue Dimensionen erreicht, zugleich stellen auch die Partner andere Ansprüche. Sie „verlassen sich auf uns und erwarten, dass wir – ein halbes Jahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg – endlich anfangen, uns normal zu verhalten, bereit, auf internationaler Ebene Verantwortung zu übernehmen...“.³ Zugleich vergeht die Vergangenheit nicht: Auch sie prägt die Erwartungen an deutsches Verhalten, d.h. sowohl Schaukelpolitik wie sich selbst überschätzendes Großmachtgehabe werden deutschen Regierungen weniger nachgesehen als denen anderer Nationen. Normalität dieser Art kann nur kontraproduktiv wirken. Wenn Handlungsspielräume gewonnen wurden und Herausforderungen neu sind – heißt das, dass auch die Koordinaten der Außenpolitik anders gestellt sein, dass die Paradigmen gewechselt werden müssen, weil die bisherigen sich nun als falsch erweisen? Oder gelten nicht doch bestimmte Grundannahmen weiter, da sie den wohlverstandenen Interessen Deutschlands entsprechen, so dass graduelle Veränderungen, aber nicht Brüche die Außenpolitik prägen sollten? Ist nicht Normalität im Sinne von erweiterten Handlungsfähigkeiten, nicht aber im Sinne von z.B. aktiver Blockbildung und Konfrontation – wie sowohl in den transatlantischen Beziehungen wie in der Europäischen Union zu beobachten - im deutschen Interesse?

Der Augenschein gerade der letzten Jahre spricht gegen „Normalisierung“ im Sinne der Paradigmen traditioneller deutscher Außenpolitik. In einzelnen, aber zentralen Bereichen der Außenpolitik ist seit der deutschen Einheit, besonders tiefgreifend aber seit 1998 ein Wandel zu verzeichnen. Die Jahre 2002/2003 lassen sich als Zäsur erkennen, in denen die latente Entwicklung offenkundig wird. Deutsche Interessen werden in der EU unter eher kurzfristiger Betrachtung, oft ohne Rücksicht auf ihre langfristige Wirkung mit ungeeigneten Instrumenten voran getrieben. Alte EU-Mitglieder werden mit Arroganz und exklusiver Blockbildung – man denke an den Umgang mit Österreich und mit dem Stabilitätspakt - genau so verprellt, wie junge. Die Angst vor dem deutsch-französischen Direktorium und der transatlantische

³ Klose, Hans-Ulrich: Wo stehen wir? Was wollen wir? Zur Debatte um deutsche Eliten und Außenpolitik, in.:

Streit spaltete die EU und beschädigte die Konsensfindung in Zukunftsfragen wie der Verfassung. Besonders offenkundig ist jedoch die Zäsur im transatlantischen Verhältnis. Es ist nachhaltig gestört. Hier ist der Wandel medienwirksam inszeniert worden.

Die über den Bundestagswahlkampf 2002 hinaus reichende konfrontative Politik gegenüber den Vereinigten Staaten, nicht zuletzt der Ton der Auseinandersetzung, schließlich der *demonstrative* Schulterschluss mit Frankreich und Russland, die *exklusive* Zusammenarbeit mit einigen EU-Staaten – sind sie nicht tatsächlich Vorboten einer anders orientierten Außenpolitik, eines „deutschen Weges“? Der Bundeskanzler traf sich allein 2003 sieben Mal mit Putin, hatte jedoch 16 Monate keinen persönlichen Kontakt mit dem amerikanischen Präsidenten, worüber er eher Stolz als Befremden zum Ausdruck brachte. Ist es der Stil oder auch der Inhalt, der die Außenpolitik der „Berliner Republik“ markiert in Abgrenzung von der Bonner?

Was bewirkte den Paradigmenwechsel in der Außenpolitik? Ist es die im Vergleich zur Zeit vor 1990 veränderte internationale Konstellation? Oder ist es, wie vielfach diskutiert, die „Demokratisierung“ der Außenpolitik, d.h. die Verfügbarkeit von Informationen über internationale Themen für Bürger, die – verbunden mit der „Medialisierung“ - Eliten zwingt, sich der Mehrheitsmeinung zu beugen, kurzfristigen Vorteilen zu folgen und eine Außenpolitik zu Lasten des Partners zu betreiben? Oder ist es nicht vielmehr der Wandel der deutschen außenpolitischen Elite?

Der Begriff Elite ist in Deutschland noch immer problematisch, zur Zeit wird er von Teilen der Politik – jenen, die den Begriff und die Förderung von Eliten über Jahrzehnte dezidiert abgelehnt haben - neu entdeckt und positiv besetzt. Einen allgemein gültigen Konsens über die Definition gibt es nicht. Auf einer Tagung in Berlin kam Mitte der neunziger Jahre ein renommierter Historiker gar zu der Auffassung, Deutschland weise gemäß seiner Elitendefinition (Erfahrungshorizont, Führungswillige mit Machtbewusstsein und Durchsetzungsfähigkeit, gesamtstaatliche, parteineutrale Verantwortung) keine außenpolitische Elite auf.⁴ Diese Definition führt allerdings nicht weit.

WeltTrends Nr. 29, Winter 2000/2001, S. 151

⁴ Bericht über eine Konferenz des Aspen Instituts Berlin, 29.30.11.1996, verfasst von Christian Westhoff, Steffen Sachs: Die politischen Eliten und die Formulierung deutscher Außenpolitik., S. 2.

Richtig und bis heute nachwirkend ist, dass Deutschland nur wenige Jahre in seiner Geschichte eine sich auf andere Kontinente erstreckende Außenpolitik kannte. Die Brüche in seiner Geschichte sind verantwortlich für eine moralisierende, zumeist idealistische und gelegentlich irrationale Sicht der internationalen Politik in Teilen der Elite und in der Bevölkerung. Dies alles verhinderte die Herausbildung einer gewachsenen außenpolitischen Kultur. Auch der Mangel an Funktionsträgern und Beratern ist eng mit der spezifischen deutschen Geschichte verbunden. Zudem findet der in anderen Ländern übliche Wechsel zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in Deutschland nicht statt. „Moreover, those who govern the country today still cherish the anti-elite ideals that they absorbed at German universities of the late 60s – especially Mr. Schroeder’s coalition partners. When the idea of political leadership itself is derided in German intellectual circles and the notion of career-switching is suspect, why would a promising student foresake a career in business, where one can lead, for politics, where one may be ridiculed for the attempt?”⁵ Es fehlt also das etablierte „außenpolitische Establishment“, die im In- und Ausland anerkannten Funktionsträger mit dem geübten Blick für die komplexe Zusammenhänge der internationalen Politik wie sie andere Länder vorweisen können. Es fehlt ferner in letzter Zeit die Bereitschaft, große außenpolitische Themen ausführlich im Parlament und in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Die „Normalisierung“ der militärischen Komponente deutscher Sicherheitspolitik überließen die politischen Akteure dem Bundesverfassungsgericht und verrechtlichten so die politische Grundsatzentscheidung über die Einsetzbarkeit der Bundeswehr im Ausland.

Bei der Frage nach der Rolle der außenpolitischen Elite Deutschlands reicht es hier aus, die Elite nach positionalen Kriterien zu definieren. Zur außenpolitischen Funktionselite zählen zunächst einmal die außenpolitischen Akteure - Regierungsmitglieder und deren Berater, Bundestagsmitglieder - und nicht zuletzt Journalisten und Kommentatoren, also diejenigen, die den außenpolitischen Kurs und das Klima bestimmen, in dem Außenpolitik gemacht und präsentiert wird. Eliten teilen gemeinsame Wertvorstellungen, konstatierte Vilfredo Pareto. Sie definieren das nationale Interesse spezifisch, gemäß ihrer jeweiligen Wahrnehmungsfiler, die durch grundlegende Präferenzen geprägt sind. Ideen, Vorstellungen motivieren, so Schumpeter, die Handlungsweisen von Eliten. Die Medien, darunter zunehmend das Internet,

⁵ Livingston, Robert Gerald: Europe Germany’s Underwhelming Political Elites, in: WeltTrends Nr.29, Winter

machen das Regieren gewiss nicht leichter. Politische Eliten sind aber auch im Informationszeitalter weder in der Außenpolitik noch in der Innenpolitik der Stimmung des Wahlvolkes ausgeliefert.⁶ Grundlegende außenpolitische Entscheidungen der Bundesrepublik wurden gegen das herrschende Meinungsklima und handfeste demoskopische Ergebnisse getroffen und dennoch anschließend von der Bevölkerung ratifiziert bzw. mehrheitlich positiv bewertet: Die Wiederbewaffnung, die Nachrüstung und noch vor kurzem die Schaffung des Euro sind Beispiele dafür. Zwar ist die Versuchung für Politiker immer groß, das außenpolitische Meinungsklima in Wahlstimmen umzumünzen, nur gibt es offenkundig keinen Imperativ, es auch zu tun. Geschieht es dennoch, bleiben zwei Erklärungsmodelle - Opportunismus oder ein Wertessystem der handelnden Elite, das sich mit dem Meinungsklima deckt.

Auch im Informationszeitalter bedeutet regieren – wie der englische, aus dem lateinischen stammende Begriff *to govern* (*gubernare*) sagt – also nach wie vor: steuern. Das heißt nichts anderes als: Durch gesprochene und geschriebene Worte sowie durch Symbole (Schumpeter) die Kunst der Überzeugung einzusetzen. Es ist die Kunst, einen Mehrheitswillen zu erarbeiten und in eine Richtung zu lenken. Auch wenn der Wähler den außenpolitischen Kurs schließlich im Paket mit anderen Fragen billigen muss, so ist es doch die Aufgabe der außenpolitischen Elite, den zunehmend bruchstückhaft informierten Wählern Orientierung zu geben, die disparaten Informationen zu strukturieren, den komplexen Hintergrund allgemeinverständlich zu erläutern, für die außenpolitische Richtung zu werben und Mehrheiten für sie zu gewinnen. Die in der Außenpolitik agierende Elite ist entscheidend für die Gestaltung der Außenpolitik - Eliten sind für den Kurs der Außenpolitik *nicht* bedeutungslos geworden.

Liegt der dramatische Wandel in der außenpolitischen Orientierung also primär an einem Wechsel der Akteurselite?

Der Elitenwechsel mit der Amtsübernahme durch die rot-grüne Regierung, der zugleich ein genereller Generationswechsel war, trug, so die erste These, zur Neuorientierung der deutschen Außenpolitik wesentlich bei. Dies, so die zweite These, wirkte deshalb so stark und

2000/20002; S.166.

⁶ So: Clough, Michael: *Grass Roots Policymaking: Say Good-Bye to the 'Wise Men'*, in: *Foreign Affairs* 73 (1994), S. 2-7. Anders: Lagon, Mark, P.: *Are Influentials less influential? Us Foreign Policy Elites in a Post-Cold War Information Age*, in: *World Affairs* 158 (1996), S. 126.

nachhaltig, weil sich auch die internationale Konstellation gravierend verändert hatte. Zwei Daten sind hier entscheidend: 1990/91 und der September 2001. Die amerikanische Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice nannte sie jüngst treffend die Buchstützen einer Transformationsperiode.

1. Die Bedeutung des Generationswechsels

Bis in die Mitte der neunziger Jahre hinein war die außenpolitische Elite in der deutschen Regierung und im Bundestag von der Generation dominiert, die den Krieg, die unmittelbare Nachkriegszeit und die intensive Phase des Kalten Krieges erlebt hatte und durch diese Ereignisse geprägt war. Für diese Generation hatte Außenpolitik einen zentralen Stellenwert: Von einer soliden, erfolgreichen Außenpolitik hing es über lange Perioden und in schwerwiegenden Krisen ab, ob die Bundesrepublik – auf amerikanischen Schutz bauend – wieder souverän werden, sowie frei und westlich orientiert bleiben, oder in den sowjetischen Einflussbereich geraten würde. Im Vergleich zu den Jahren nach 1990 war Außenpolitik für die Bundesrepublik Deutschland im buchstäblichen Sinn existentiell. Außenpolitik musste mit Seriosität betrieben werden, eine Instrumentalisierung auf Kosten der Partner verbot sich weitgehend. Für die transatlantischen Beziehungen erwies sich als erleichternd, dass der amerikanische Partner –wenn auch im Detail unterschiedlich –im großen und ganzen von der gleichen Wahrnehmung der Bedrohung geprägt war.

Das änderte sich mit dem Ausklingen des Kalten Krieges. Deutschland, die Regionalmacht, verlor die Bedeutung der internationalen Politik, insbesondere das dort herrührende Bedrohungspotential aus dem Blick. Der globalen Sichtweise Washingtons stand nun die europäische Sicht der Deutschen gegenüber.

Die neue Führungsgeneration zeigt zudem einen markanten Wandel in der Selbstwahrnehmung. Deutsche Regierungen waren sich, bis einschließlich der Amtszeit Helmut Kohls, einer gewissen Sondersituation bewusst: Sicherheitspolitisch war die Bundesrepublik bis 1990 alternativlos abhängig von Washington, nicht voll souverän, belastet durch die Geschichte, schließlich dankbar über die – im Vergleich zu den anderen außenpolitischen Partnern – so einzigartige Unterstützung der Vereinigten Staaten in der

Wiedervereinigung. Hier grenzt sich die rot-grüne Regierung ab: Aus der Geschichte werden keine persönlichen Verpflichtungen gegenüber den USA und ihrer Regierung empfunden – weder aus der Geschichte des „Dritten Reichs“ noch aus der Unterstützung für die Einheit heraus. Klaus Schwabe mutmaßt, dass letzteres mit dem geringen Streben nach deutscher Einheit bei Rot-Grün zusammen hängt.⁷ Umfragen zeigen, dass es gerade die Generation der Älteren ist, die gegenüber den Amerikanern Dankbarkeit für die Unterstützung des Einigungsprozesses entgegenbringt. Dies weist darauf hin, dass aufgrund des selektierenden Wahrnehmungsmusters der Jüngeren die positive Rolle der Vereinigten Staaten nicht wahrgenommen wird.⁸

Hinzu kommt, dass die Regierung Schröder sowohl in der EU wie auch im transatlantischen Verhältnis das nationale Element betont. Wohlverstandenes nationales Interesse kann sich auch in Bestrebungen zu supra- und multilateraler Einbindung, zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit langjährigen Verbündeten manifestieren. Der „deutsche Weg“ meint jedoch dies nicht: Nur so ist – abgesehen vom Wahlkampf - auch zu erklären, dass selbst im Falle einer UN-Entscheidung für einen Irak-Einsatz diese für Deutschland keine Geltung haben sollte, dass Berlin also Unilateralismus für sich reklamierte. Die SPD und die Grünen können dabei auf eine lange Tradition nationalistischen und neutralen Gedankenguts in der Nachkriegszeit zurückblicken⁹. Egon Bahr ist heute vielleicht der bekannteste Repräsentant der sozialdemokratischen Nationalisten. Da es diese Strömung aber in allen politischen Spektren gegeben hatte,¹⁰ konnte Schröder in Hoffnung auf Resonanz auch unbekümmert vom „deutschen Weg“ sprechen, den Bahr nun noch in einem Buch begründet und propagiert.¹¹

⁷ Schwabe, Klaus: Antiamerikanismus gestern und heute, in :Die Politische Meinung, 405 (2003), S. 63.

⁸ Noelle, Elisabeth: Die Entfremdung. Deutschland und Amerika entfernen sich voneinander, in: FAZ, 23.7.2003. Nur 29 % der bis zu 44 Jährigen – gegenüber 44% der über 60 Jährigen - nennen die Unterstützung der deutschen Einheit als Element, dass ihr Bild von Amerika prägte.

⁹ Schwan, Gesine: Die SPD und die westliche Freiheit, in: Neue Gesellschaft, 30 (1983), S. 929-934; diess.: Souveräner Alleingang zurück zu Bismarck. Das Deutsch-Nationale in der SPD. Auseinandersetzungen mit Egon Bahrs sicherheits- und deutschlandpolitischem Konzept, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 6.5. 1988; Kaiser, Karl: National im anti-nuklearen Gewande. Egon Bahr und die Rückkehr zur sicherheitspolitischen Nationalstaatsidee, in: Die Zeit, 30.3.1984.

¹⁰ Gallus, Alexander: Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945-1990, Düsseldorf 2001, zu Egon Bahr S. 296-306

¹¹ Bahr, Egon: Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal, München 2003.

2. Die ideologische Prägung und das Verhältnis zu den USA

Gemeinsame Werte und ideologische Verbindungen, so Vilfredo Pareto, definieren die Identität einer Elite. Gemeinsame Erfahrungen und Ideen motivieren ihre Vorgehen. Es ist also von Bedeutung, welche Kernauffassungen und prinzipielle Orientierungen und Werte jeweils vorherrschen.

In der politischen Elite fand 1998 ein massiver Personalwechsel statt. Nicht nur im Bundestag – und zwar bei allen Parteien - sondern auch ein Elitenwechsel, der die 68er Generation an Spitze des Staates brachte. Die Ausprägung ist in der Politik gegenüber den Vereinigten Staaten besonders deutlich zu spüren. Zwar sind die Kriegs- und Nachkriegsgeneration wie auch die 68er „alle Amerikaner“, ¹² d.h. durch die USA geprägt – nur sind sie es in höchst unterschiedlicher Weise.

Die in der Regierung – und lange auch in den Medien - überwiegende Sichtweise der Kriegs- und Nachkriegsgeneration verband mit den USA positiv die Erziehung zu Demokratie, Pluralismus und den wachsendem Wohlstand in der Marktwirtschaft (Marshall-Plan als Initialzündung), die Care-Pakete und „Rosinenbomber“, den militärischen Schutz als Garantie der eigenen demokratischen Existenz. Die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Leistungen wurden bewundert (wie der Flug zum Mond) und waren Maßstab.¹³ Der Antiamerikanismus des frühen 20. Jahrhunderts, der das Amerikabild auf die materialistische, geschichts- und kulturarme Zivilisation reduzierte und ihr die konservative nationale Kulturauffassung entgegensetzte - exemplarisch in Thomas Manns Bekenntnissen eines Unpolitischen -, war überwunden.¹⁴

Mit der Studentenbewegung entstand jedoch ein Amerikabild, das die 68er Generation prägte, und zwar auch den Teil, der nicht mit Joschka Fischer den Straßenkampf probte. Statt Care-Pakete und Marshall-Plan sind es nun Rassendiskriminierung, Vietnam, Agent Orange, „kapitalistische Ausbeutung“, extreme Ungleichheit, „Konsumterror“ und „Dollarimperialismus“. Wie immer ist es das einseitig pauschale Bild aus Stereotypen und

¹² Daxner, Michael: Eliten, Gemeinschaften, Aggressionen. Die amerikanischen Spitzen-Universitäten als Lockung und Bedrohung, in: Vorgänge, 1 (2000), S. 12.

¹³ Noelle, Elisabeth: Die Entfremdung. Deutschland und Amerika entfernen sich voneinander, in: FAZ, 23.7.2003.

¹⁴ Ebd. S 12; Vgl. Neuss, Beate: Thomas Mann: Demokrat – Europäer – Weltbürger, in: Braun, Michal/Lermen, Birgit (Hrsg.): man erzählt Geschichten, formt die Wahrheit, Frankfurt a.M. 2003, S. 81-102.

Klischees, das den Antiamerikanismus ausmacht, nicht die berechtigte Kritik im Detail. Nun aber wurden Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der USA einseitig durch die Brille der Faschismus- und Imperialismustheorien gesehen.¹⁵ Die Studentenbewegung hielt sich an Max Horkheimer, der gesagt hatte, man könne vom Faschismus nicht reden ohne den Kapitalismus einzubeziehen. In diese Scheinbeziehung passte auch der Umkehrschluss für die USA nahtlos, wie der Slogan der 68er zeigt: „USA – SA – SS“. Die Bundesrepublik und ihr politisches System erschien als Kreatur der USA; ihr Status als der eines Protektorats.

Die linke Intelligenz wirkte geschickt auf den gesellschaftlichen Kommunikationsprozess und darüber hinaus auf das gesellschaftliche Wertesystem ein. Weite Kreise der intellektuellen Elite wurden seit den späten 60er Jahren von diesem Gedankengut erfasst.¹⁶ Schulen und Hochschulen trugen zur Prägung eines spezifischen Wahrnehmungsfilters bei, ihre Absolventen blieben in diesen Institutionen und trugen ihre Wahrnehmungsmuster weit in die Gesellschaft hinein. Ihr „Marsch durch die Institutionen“ brachte sie auch in die Medien und nicht zuletzt in die Politik. Die auf die Vereinigten Staaten bezogenen Denkmuster konnten seit der Studentenbewegung mit Hilfe der 68er zweimal neu eingeübt und reaktiviert werden, und zwar in gewissermaßen idealen Zeitabständen, um Nachwachsende zu prägen: 1979-1983 in der Mobilisierung zum Massenprotest gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluss und erneut im 1. Irak-Krieg 1990-91. Der Reflex ist also noch frisch abrufbar. Amerikanische Politik wurde und wird durch diese dargestellten Analyseraster interpretiert. Welche Politik auch immer, das Feindbild ist definiert, die USA können es nicht recht machen:

Menschenrechtspolitik zum Beispiel wird entweder als Machtpolitik oder Heuchelei dargestellt, die Nichtberücksichtigung von Menschenrechtsverletzungen jedoch gleichermaßen verurteilt. Das politische Sendungsbewusstsein der Amerikaner befremdet zusätzlich, was bei der religiös eher indifferenten 68er Generation besonders negativ wirkt.¹⁷ Schröder ist der erste Bundeskanzler, der bei seinem Amtseid das „so wahr mir Gott helfe“ nicht gesprochen hat. Die amerikanische Verbindung von idealistischer Rhetorik und Interessenpolitik wirkt zudem deshalb in Deutschland so negativ, weil die Verbreitung der

¹⁵ Sontheimer, Kurt: Das Elend unserer Intellektuellen, München 1976, S. 181-283.

¹⁶ Ebd. S. 57-65.

¹⁷ Während ein sehr hoher Prozentsatz der amerikanischen Bevölkerung von Präsidenten beider Parteien Bekenntnisse zur Religion erwartet werden, wird man diese in Deutschland nur selten hören – zumeist aus den Reihen der Union, auch von Bundespräsident Rau. Vgl. The Pew Research Center: Religion and Politics:

Werte eines als imperialistische Macht betrachteten Landes per se nicht richtig sein kann und weil hier die Wertschätzung des eigenen Systems nicht groß genug ist, um es der Welt anzuempfehlen. Große Teile der Elite waren unfähig oder zumindest nicht bereit – gut ablesbar im 1. Irakkrieg, wie auch im 2. Irakkrieg - andere Interessen der USA als machtpolitische und materielle wahrzunehmen.

Auch heute noch gilt die amerikanische Regierung als Hauptagent des Finanzkapitals und der großen (Öl-) Konzerne, die ihre politischen Entscheidungen lediglich nach den materiellen Interessen ihrer Klientel vertritt.¹⁸ Kritik am „Dollarimperialismus“ wurde durch die Kritik an der Globalisierung und dem Vorwurf der McDonaldisierung der Welt ergänzt. Anti-Globalisierung ist über weite Strecken Synonym für Antiamerikanismus. Kulturkritischer Antiamerikanismus, ursprünglich, d.h. in der ersten Hälfte des Jahrhunderts im deutschen Bürgertum verhaftet, ergänzt nun den politischen und gesellschaftlichen Antiamerikanismus auch in linken Kreisen.

An dieser Stelle ist auch an die bei den 68ern gängige Auffassung zu erinnern, dass die Bundesrepublik eine Äquidistanz zu den USA und der UdSSR suchen sollte. Die Äquidistanz der Linken war zumeist mit einer Nähe zur Sowjetunion und zur DDR verbunden, die ja nach deren Auffassung auf dem richtigen Wege waren, nur mit kleinen Mängeln in der Durchführung. Vielleicht liegt hierin eine Antwort darauf, warum Berlin in *ausdrücklicher Distanzierung* von Washington so eng mit dem autokratischen Putin kooperieren kann und auch die Medien an dem seltsamen Wechsel der Freundschaft keinen Anstoß nehmen.

Ein weiteres Element des Wandels: Die 68-Generation kennzeichnet ein selbstgerechter Moralismus. Sie hat vermeintlich die Fehler und Verbrechen ihrer Eltern aufgearbeitet, was sie in ihren Augen berechtigt, mit dem moralischen Zeigefinger auf die USA und ihren Verbündeten Israel zu weisen. Mit der „aufgearbeiteten“ Vergangenheit im Gepäck konnte man in den Anti-Vietnam-Demonstrationen genauso unbefangen den Slogan „USA-SA-SS“

Contention and Consensus, July 24, 2003; Junker, Detlef: Power and Mission. Was Amerika antreibt, Freiburg 2003, S. 169ff.;

¹⁸ Auch der Glaube an die unbedingte Macht des Kapitals und die Steuerung der Politik durch das Kapital stammt aus dem Gedankengut der 68er . Vgl. ebd. S. 77ff.; Langguth, Gerd: Alte, neue Ressentiments: Habermas, die deutschen Intellektuellen und der Antiamerikanismus: in: Internationale Politik 2 (2004), S. 67-77.

kreieren,¹⁹ wie man sich rasch und einseitig auf die Seite der Palästinenser stellte, besonders deutlich in den Reihen der Grünen²⁰. Manches korrigierte seit 1998 die Regierungsverantwortung, nicht aber die grundsätzliche ideologische Prägung. Vielleicht ist auch so zu erklären, warum Justizministerin Däubler-Gmelin in ihrem historisch unsäglich falschen Vergleich zwischen den außenpolitischen Strategien Bush' und Hitlers ausgerechnet letzterer – einer der größten Massenmörder des Jahrhunderts - als Bezugsgröße einfiel. Der selbstgerechte Moralismus in der außenpolitischen Legitimation führt dazu, den deutschen Militäreinsatz gegen Milosevic mit Bezug auf Hitler zu rechtfertigen („nie wieder Auschwitz“) - dies im Kosovo auch ohne UN-Zustimmung – den USA jedoch im Irak mit dem Vorwurf des Imperialismus die Entmachtung eines Massenmörders zu verwehren und aktiv an der Verhinderung eines UN-Mandats mitzuwirken.

Das ostdeutsche Amerika-Bild ist primär durch die Staatsideologie der DDR geprägt. Sie vermittelte die gleichen Klischees und Stereotypen wie die westdeutschen Linken. Dies wirkt bis heute nach. Mehr noch: Wir wissen heute aus den Akten der SED und des MfS, dass die DDR über ein weitverzweigtes Netz an Tarnorganisationen Einfluss auf das Amerika-Bild Westdeutschlands genommen hat und sowohl in der Studentenbewegung als auch während der Nachrüstungsdebatte massiv die Diskussion gesteuert und das Wahrnehmungsmuster eines „aggressiven, imperialistischen“ Charakters der USA geprägt hat. Zum Teil wurden selbst die Slogans in Ost-Berlin entworfen. Ziel war die Abkoppelung der Bundesrepublik von den USA.²¹ Somit hat die DDR die '68er Studentenbewegung und die Friedensbewegung beeinflusst. Das Amerika-Bild der westdeutschen Friedensbewegung hat wiederum auf die unabhängige ostdeutsche Friedensbewegung eingewirkt, denn die regimekritischen Intellektuellen schauten überwiegend auf die westdeutsche Linke. Ostdeutsche Umfragewerte weisen als Folge seit langem schlechtere Sympathiewerte für die Amerikaner und negativere Zahlen für die Zustimmung zur amerikanischen Politik aus. Auch die künftigen Beziehungen zu den USA werden hier signifikant weniger bedeutend eingeschätzt als im Westen. Nur 14-16 Prozent hielten sie zwischen 1992-2003 für „sehr wichtig“ (Westdeutschland: 24-29%); für „wichtig“ halten immerhin sie in West- wie Ostdeutschland immerhin mehr als jeder zweite.²²

¹⁹ Kraushaar, Wolfgang: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000, S. 54.

²⁰ Vgl. Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Köln 2001.

²¹ Baron, Udo, Kalter Krieg und heißer Friede. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen“, Münster 2003.

²² Allensbach Archiv, IfD-Umfragen 5074, 7030/II, 7032, 7040, 7042.

Ein nachhaltiger Einfluss der amerikanischen Irak-Politik auf diese Umfragewerte ist nicht zu erkennen, wohl aber ein deutlicher Einbruch im September 2002, als der Irak-Krieg noch nicht begonnen hatte, er jedoch bereits Thema des Wahlkampfes geworden war.

Ist das Verhalten der außenpolitischen Akteure kompatibel mit der Bevölkerungsmeinung? Bezogen auf ganz Deutschland zeigen Umfragen noch immer gute Sympathie-Werte für die Amerikaner. Die positiven Antworten waren zunächst auch nach 1990 stabil geblieben, im Osten sogar mit wachsendem Trend, allerdings sind die Sympathiewerte vom September 2001, nur 54 Prozent, trotz der Attentate, auf 42 Prozent im Juli 2003 (im Osten geht der Wert auf 27 % zurück) gefallen. Hoch ist die Zahl derjenigen, die den Irak-Krieg ablehnen (76 %).²³ Wenn die Bevölkerung zwischen „dem“ Amerikaner einerseits und der Regierung, dem politischen System, der Gesellschaft und Kultur andererseits unterscheidet bedeutet das, dass auf die handelnden Akteure, wenn sie in der Bevölkerung das Bild der USA differenzierter erscheinen lassen wollen, große Vermittlungsaufgaben zukommen. Da Demokraten und Republikaner in Fragen der Todesstrafe, des Kyoto-Protokolls und der Antwort auf den 11. September keine gravierend unterschiedliche Haltung einnehmen, lässt sich aus Umfrageergebnissen nicht ablesen, dass die Bevölkerung einer anderen Regierung mit mehr Sympathie begegnen wird. Das Bild amerikanischer Politik, das Michael Moore verbreitet (Stupid White Men, Bowling for Columbine), wird haften bleiben, weil es bestehende Wahrnehmungsmuster verstärkt.

Noch vor Beginn der Diskussion über ein militärisches Eingreifen im Irak ließ sich bereits ablesen, dass es gerade bei besser Gebildeten keine Bereitschaft gab, sich bedingungslos auf die Seite der amerikanischen Verbündeten zu stellen. Gerade einmal 7 Prozent waren dazu bereit, 88 Prozent wollten sich von Fall zu Fall entscheiden, ob sie mit den Amerikanern gehen oder einen eigenen Weg wählen wollten.²⁴ Für einen eigenen Weg plädierten auch 37,6 Prozent der politischen Eliten (West: 36,1 %, Ost: 40,6%). Markant ist jedoch, dass die politische Elite, wie auch die Elite aus Wirtschaft und Verwaltung, unmittelbar nach Ende der Kriegshandlungen im Irak zu über 55 Prozent für den Schulterschluss mit den USA aussprach.²⁵ Die Elite hat also eine recht differenzierte Vorstellung über den Umgang mit den USA. Eine Zwangsläufigkeit ergibt sich aus dieser Richtung für die Regierung nicht.

²³ Noelle, Elisabeth: Deutschland und Amerika entfernen sich voneinander, in: FAZ 23.7.03:

²⁴ Allensbach Archiv, IfD-Umfragen 7019 (März 2002).

²⁵ Allensbach Archiv, IfD-Umfrage, 4275 (Capital-Spitzenkräfte-Panel, 17.6.-30.06.2003).

4. Primat der Innenpolitik

Nach 1990/91 war eine existentielle Gefährdung Deutschlands durch die Außenpolitik nicht mehr gegeben. Innenpolitik verdrängte Außenpolitik als Thema, wenn man von der Europapolitik als Ausnahme absieht. Das gilt für die Eliten wie für die Bevölkerung. Eine auf Europa fokussierte Sichtweise, unter weitgehender Vernachlässigung globaler Entwicklungen, entspricht der deutschen Tradition. Der Ost-West-Konflikt erzwang jedoch in gewissem Rahmen den Blick auf das Weltgeschehen. Mit dem Ende der Bipolarität und den Belastungen aus der deutschen Einheit fällt es der jetzt politisch gestaltenden Generation schwer, eine besondere Bedeutung der Außen- und Sicherheitspolitik für Deutschland zu erkennen. Die neuen Bedrohungen und drängenden Fragen: Terror, Bürgerkriege, Ressourcen stehen nicht im Vordergrund und werden als relevant für Deutschland nicht öffentlich diskutiert. Die Mittel für die Bundeswehr wurden seit Anfang der 90er Jahre kontinuierlich abgesenkt, zudem werden rund 55% des Budgets für Personalausgaben verbraucht. Auch wenn die Regierung rhetorisch die Notwendigkeit einer handlungsfähigen Bundeswehr betont, de facto werden die notwendigen Ressourcen nicht mehr zur Verfügung gestellt. Die stark verinnerlichten Vorbehalte gegenüber dem Instrument Militär in der 68er Generation, aber auch weit über diese hinaus, tragen dazu bei.²⁶ „Deutschland ist umzingelt von Freunden“ – dies ist so verinnerlicht, dass es nicht gelungen ist, den Blick über Deutschland und vielleicht noch Europa hinaus zu heben und auf die Gefährdungen eine kohärente Antwort und brauchbare Strategien zu suchen.

Das Interesse für Außenpolitik sinkt zwischen 1985 und 2002, wobei, wie zu erwarten, die besser Ausgebildeten dem außenpolitischen Geschehen ein höheres Interesse entgegenbringen (1985: 73%, 2002: 66%)²⁷. Nicht einmal jeder zweite Deutsche und nur 42 Prozent der Ostdeutschen bekunden Interesse an Außenpolitik. Eliten und Bevölkerung sind in ihrer

²⁶ Vgl. Maull, Hanns: Editorial: Deutschland im Abseits? In: Hanns Maull/Sebastian Harnisch/Constantin Grund: Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik 1998-2002, Baden-Baden 2003, S. 16.

²⁷ Allensbach Archiv, IfD-Umfragen Nr. 4055, 7028. Die Korrelation mit dem Einkommen ist ab mittleren Einkommen weniger eindeutig

grundsätzlichen Haltung zur Außenpolitik recht einig. Die noch frischen Ereignisse des 11. September änderten nichts am nachlassenden Interesse.²⁸

Unter den wichtigen Problemen Deutschlands wird in einer Elitenumfrage Mitte der neunziger Jahre als einziges außenpolitisches Thema „Europa voranbringen“ genannt, und zwar an vierter Stelle. Bei den politischen Eliten rangiert es gar erst an siebter Stelle, nach „Kriminalität bekämpfen“. Lediglich die Wirtschaftspartner, die Wissenschaft, Verwaltung und das Militär sehen eine größere Bedeutung des einzig genannten außenpolitischen Themas. Direkt gefragt nach den wichtigsten *außenpolitischen* Problemen findet sich bei Politikern das allgemeine Ziel „Stabilität, Frieden“ auf Platz sechs und als einzige nicht zwangsläufig auf Europa bezogene konkrete Aufgabe auf Platz acht die Beteiligung der Bundeswehr an UN/NATO-Einsätzen, praktisch gleichauf mit den Ziel „Bündnisrolle neu definieren“.²⁹ Die Deutsche Einheit, die Europäische Union, ihre Erweiterung rangieren höher, der „Krieg im ehemaligen Jugoslawien“ niedriger.

Allerdings breitet sich die Erkenntnis aus, dass es für ein Land wie die Bundesrepublik nicht möglich und deutschem Interesse nicht dienlich ist, sich auf die zunächst gewünschte Rolle einer größeren Schweiz zurück zu ziehen. Die Bereitschaft, Verantwortung in der internationalen Politik zu übernehmen, ist in der ersten Hälfte der neunziger Jahre unter den gut Ausgebildeten schneller gewachsen als unter weniger gut Gebildeten, die zwar zu fast gleichen Werten kommen, diese aber erst in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre erreichten. Die Bereitschaft stieg von 28 Prozent 1992 auf 43 Prozent 2004 an; die Ablehnung des Engagements sank im gleichen Zeitraum von 58 auf 28 Prozent.³⁰ In einer Umfrage von 2003 konnte Trans Atlantic 2003 sogar eine Zustimmung von 82 Prozent der Deutschen für eine aktive Teilnahme in der internationalen Politik messen.³¹ Zwar hat in Deutschland die Zustimmung zu friedenserhaltenden Einsätzen der Bundeswehr in den neunziger Jahren deutlich zugenommen – sie lag 1996 mit 93% bemerkenswerter Weise über der Bereitschaft der Deutschen, ihre Verbündeten zu verteidigen (88%). Wurden jedoch konkrete Gefährdungsszenarien abgefragt, sank die Akzeptanz militärischer Einsätze auf rund 50

²⁸ Allensbach Archiv, IfD-Umfragen 4055, 7028

²⁹ der Elite in Deutschland zur Außen- und Sicherheitspolitik. Dokumentation. Studie im Auftrag des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung in Kooperation mit der RAND Corporation, USA, Berlin März 1996.

³⁰ Allensbach Archiv, IfD-Umfragen 5055, 5059, 5067, 5078, 60007, 7016.

³¹ Transatlantic Trends 2003. A Project of the German Marshall Fund of the United States and the Compagnia Di San Paolo, S. 10.

Prozent.³² Bezeichnend ist, dass besonders seit dem transatlantischen Konflikt von 2002/2003 die Zahl der Deutschen stark gestiegen ist, die die Europäische Union gerne in der Rolle einer Supermacht sähen (2002:48%, 2003: 70 %), allerdings sank die Zustimmung um ein Drittel, wenn damit auch höhere Militärausgaben verbunden sein sollten.³³ Kosten Bemerkenswert ist auch, dass 1996 doppelt so viele Amerikaner wie Deutsche bereit waren, Polen gegen einen Angriff Russlands zu schützen (Deutschland: 30%, USA: 61%).³⁴

Vor dem Hintergrund einer grundsätzlichen Zustimmung der Eliten zu militärischen Einsätzen aus humanitären Gründen konnte die Bundesregierung schließlich 1999 erstmalig Soldaten zu Kampfeinsätzen entsenden. Mit anderen Worten: Über den Generations- und Regierungswechsel hinaus konnte die unter der Regierung Kohl begonnene Normalisierung von Bundeskanzler Schröder fortgesetzt werden. Hier erleichterte der Wechsel sogar die kontinuierliche Fortentwicklung, da ihre potentiellen Gegner nun in der Regierung die Verantwortung dafür übernahmen.

Jedoch ist die Diskrepanz in der Analyse, welche Gefährdung aus dem Terrorismus entstehen, zwischen Deutschland und den USA beträchtlich und seit dem September 2001 eher noch gewachsen. 52 Prozent der Deutschen sahen in der amerikanischen Außenpolitik eine Mitschuld an den Anschlägen.³⁵ Dem hat die Regierung nicht entgegen gewirkt, im Gegenteil, einige ihrer prominenten Mitglieder haben in der anschließenden Diskussion über die Reaktion Washingtons den anti-amerikanischen Tenor verstärkt. Nicht anders war die Reaktion von Mitgliedern der intellektuellen Führungselite: Medienvertreter, Publizisten, Intellektuelle und Literaten – unter ihnen Ulrich Wickert, Günter Grass, Botho Strauss und Friedrich Schorlemmer, um nur einige zu nennen, stießen in das gleiche Horn.

5. Präferenz für die Europa-Politik

Die Bestrebungen, die Europäische Union voran zu bringen, teilt die außenpolitische Elite mit der gut ausgebildeten Bevölkerung und den Führungskräften. Insbesondere seit dem Irak-

³² Infratest Burke Berlin: Das Meinungsbild..., S. 28

³³ Transatlantic Trends 2003, S. 10.

³⁴ Infratest Burke Berlin: Das Meinungsbild..., S. 28

³⁵ Worldviews 2002 Survey of American and European Attitudes and Public Opinion on Foreign Policy, The German Marshall Fund of the United States and The Chicago Counsel on Foreign Relations, www.Worlviews.org.

Krieg der USA ist ein dramatischer Meinungsumschwung zu verzeichnen: 70 Prozent der Deutschen stimmen dem Ziel einer Weltmachtrolle für die EU zu.³⁶ Die Zahl der positiven Äußerungen zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist zwischen 1994 und dem Frühsommer 2002 deutlich angestiegen: Fast 65 Prozent der Bevölkerung befürworten eine Gemeinsame Außenpolitik (1994: 55%), nun sogar 80 Prozent der Bürger mit höherer Bildung (1994: 33%).³⁷ Die Bundesregierung befindet sich mit diesem Ziel auf Kontinuitätskurs, mit Zustimmung der Bevölkerung. Die Diskrepanz zu früheren außenpolitischen Akteuren ergibt sich nicht aus der Verfolgung des allgemeinen Ziels, sondern in der Bereitschaft, sich aus der Balance zwischen Paris und Washington zu lösen und gegebenenfalls an der Seite Frankreichs zu Lasten Washingtons und der NATO nach einem Weg zu einer europäischen Verteidigungspolitik zu suchen – in Widerspruch zu dem Votum der Führungselite, den Schulterschluss mit Washington suchen zu sollen. Dieser Paradigmenwechsel vermochte es trotz der engen Beziehung zu Frankreich gerade nicht, den Integrationsmotor in Gang zu setzen. Vielmehr nahm Berlin mit dem transatlantischen Streit für den kurzfristigen Erfolg einer gewonnenen Bundestagswahl in Kauf, dass Europa – die Altmitglieder genau so wie die künftigen – gespalten wurde. Auch die übrigen Begleittöne seit 1998 signalisieren einen anderen Stellenwert der europäischen Einigung: Brüske Äußerungen zum deutschen Haushaltsbeitrag, ein kleinlicher Sprachenstreit – beides gleich zu Beginn der Amtszeit der neuen Regierung –, nationale Reflexe blieben als Hintergrundmusik erhalten: Zwar befürwortet die Regierung die Integration allgemein, die Gemeinsame Außenpolitik und die Erweiterung im Besonderen, hält jedoch die notwendigen Ressourcen zurück. Verschobene Projekte im Bereich der Außenpolitik (Satellitenaufklärung, Rüstungsprojekte, Schaffung der europäischen Eingreiftruppe) und Widersprüche (EU-Erweiterung und Beitrittsangebote an die Türkei bei gleichzeitig angestrebter Kürzung des Finanzbeitrags zur EU) zeigen wenig Konsequenz und Verlässlichkeit, vielmehr die Nachrangigkeit zur Innenpolitik und ein instrumentelles Verständnis von Außenpolitik. Es gelingt den deutschen Akteuren nicht, europäische Kompromisse zu schmieden, die nicht nur die EU-Mitglieder zusammenhalten sondern auch Integrationsfortschritte erbringen. Im Gegenteil, das geringe Verständnis für das einstige Erfolgsrezept der EU, nämlich den Gegensatz zwischen Groß und Klein nicht auszuspielen und Empfindlichkeiten zu beachten,

³⁶ Transatlantic Trends 2003, S. 10

trug zur Spaltung der EU bei. Die oft genug undiplomatische Kommunikation deutscher Haushaltsengpässe und das Pochen auf Besitzstandswahrung taten ein übriges. Darunter hatten schon die Verhandlungen zum Nizza-Vertrag zu leiden.

Bereits die Regierung Kohl hatte sich vom Ziel eines „europäischen Bundesstaates“ entfernt, jedoch mit dem Euro der Vertiefung vor der Erweiterung den Vorzug gegeben. Bundeskanzler Schröder, der im Laufe weniger Jahre die Außenpolitik im Kanzleramt konzentrierte, befürwortete die Erweiterung, die als historische Aufgabe gesehen wird. Hier unterscheidet er sich nicht von der Vorgängerregierung. Aber der besondere Stellenwert der Integration für die europäische Nachkriegsordnung wird von ihm, der nicht mehr Kriegsgeneration ist (Jahrgang 1944), nicht in der gleichen Dimension gesehen. Der Vertiefung in Richtung eines unauflöselichen Verbundes spielt keine besondere Bedeutung mehr, anders ist die Forcierung des türkischen Beitritts nicht zu verstehen. Auch hier ist also ein Paradigmenwechsel zu verzeichnen.³⁸

6. Der Elitenwandel ist Ursache des Paradigmenwechsels

In der deutschen Außenpolitik sind nicht alle, aber durchaus einige Weichen neu gestellt worden. Dies ist zum einen der veränderten internationalen Lage seit 1990 geschuldet, zum anderem dem Regierungswechsel 1998, nur in dieser Konstellation konnte sich der Elitenwandel so deutlich ausprägen. Nach 40 Jahren auf dem sicherheitspolitischen Pulverfass ist der Blick jetzt nach innen gekehrt. Deutschland kann es sich leisten – davon geht die Regierung offenbar aus –, die fein austarierte Balance zwischen Washington und Paris aufzugeben und die Beziehungen zu Washington nachhaltig zu verschlechtern. Die Diskrepanzen mit Washington wurden medial instrumentalisiert. Der neuen Führung fehlen aufgrund ihrer Sozialisation in der 68er-Bewegung und danach die Hemmungen gegen eine inszenierte Scheidung.

Insbesondere die Kontinentaldrift – die die Vereinigten Staaten tatkräftig mit angeschoben haben - ist zweifellos mitbedingt durch den Wechsel der Generationen und der anderen ideologischen Prägung in Politik, Medien und Bildung. Dies bezieht sich nicht nur auf die Art des Umgangs mit dem transatlantischen Partner, sondern auch auf die Unwilligkeit, einer

³⁷ Allensbach Archiv, IfD-Umfrage, 4055, 7028.

³⁸ Harnisch, Sebastian/ Schieder, Siegfried: Europa bauen – Deutschland bewahren: Rot-grüne Europapolitik, In: Maull (Hrsg.): Deutschland im Abseits?, S. 65-79.

Stimmung gegen zu steuern, die Anti-Amerikanismen gesellschaftsfähig macht. Bei aller Skepsis, die ein Adenauer, Brandt, Schmidt oder Kohl den USA entgegen gebracht haben, die Politik des Jahres 2002/2003 ist symptomatisch für ein grundsätzlich gewandeltes Amerikabild.

Auch in der Europapolitik hat sich das Strickmuster der Integration verändert. Stärker als in den transatlantischen Beziehungen geht hier Kontinuität einher mit einer schleichenden Neubewertung der europäischen Integration, die nun intergouvernementalistisch interpretiert wird. Die „bewältigte Geschichte“ macht sich nicht nur im Verhältnis mit den USA bemerkbar. Auch das instinktlöse Ignorieren kleinerer EU-Mitglieder oder auch der damaligen EU-Aspiranten, wie Polen, die die leidvolle Geschichte mit Deutschland noch nicht gleichermaßen „bewältigt“ haben, geht auf eine Selbstwahrnehmung zurück, die nicht nur die Neumitglieder befremden muss. Tendenzen zum EU-Direktorium waren unübersehbar. Vergleichsweise ungeniert, ohne Feingefühl für die historischen Bedingungen auf deren Fundament die Einigung Europas stattfindet, werden Partner brüskiert durch ein Herauskehren des „deutschen Weges“ bzw. „nationaler Interessen“.

Die deutsche außenpolitisch agierende Elite – angekommen in einem „normalen“ Staat – hat die Einstellung zu militärischen Einsätzen der Bundeswehr kontinuierlich in eine Richtung weiterentwickelt, die man der 68er-Generation kaum zugetraut hätte. Nicht selten meint sie auch in der EU aufgrund der Bedeutung Deutschlands im Stil einer europäischen Großmacht agieren zu können. Im Umgang mit Partnern praktiziert Berlin einen eigenen Multilateralismus à la carte. Im transatlantischen und europäischen Kontext überschätzt sie das eigene Gewicht und den eigenen Handlungsspielraum. Auch das ist wohl eine Folge der falschen Einschätzung des deutschen Potentials nach der Wiedervereinigung, die die Defizite im militärischen Bereich, die lahrende Wirtschaft, die Verschuldung und die Probleme der Sozialsysteme nicht als das betrachten, was sie sind: nämlich Einbußen an Macht und Gestaltungsspielraum.³⁹ Das dauerhafte Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit wird zu einem geringeren Einfluss führen, wie es bereits die einseitige Orientierung auf Frankreich tat.⁴⁰

³⁹ Nur jeder zweite Politiker ist der Auffassung, dass Deutschland an Einfluss verliert, dagegen meinen dies 77 % der Wirtschafts- und 67% der Verwaltungselite. Die Eliten im Osten sehen das Bild in allen drei Bereichen deutlich positiver. Allensbach Archiv, IfD-Umfrage 4275 (Capital-Spitzenkräfte-Panel Juni 2003)

⁴⁰ Hanns W. Maull: Auf leisen Sohlen aus der Außenpolitik in: Internationale Politik 9 (2003), S.19-30.

In den Umfragen sind die außenpolitische Elite und Bevölkerungsmeinung weitgehend in Einklang – weniger jedoch mit der Meinung der befragten anderen Funktionsebenen. Das heißt einerseits, dass die Politik nicht abhebt von der Einstellung der Bevölkerung. Das deutet andererseits darauf hin, dass die außenpolitische Elite nicht versucht zu führen und Meinung zu bilden. Sie kann jederzeit auf ein Meinungsklima zurück greifen, das Populismus begünstigt, zumal eine durch die Komplexität überforderte Bevölkerung in ihrer Orientierungslosigkeit zu simplifizierenden und idealistischen Erklärungsmustern neigt.

Außenpolitische Erfahrung und Stilgefühl waren einmal selbstverständlich. Selbstverständlich war es auch, große außenpolitische Linien zu verfolgen. Hier haben wir heute ein Defizit. Außen- und Sicherheitspolitik entsteht heute im Bundeskanzleramt. Das ist nicht wirklich neu, alle länger regierenden Kanzler haben wesentliche Fragen in diesem Bereich an sich gezogen. Neu ist aber, dass wesentliche außenpolitische Fragen, wie z.B. Vorschläge zur Reform der NATO, unabgesprochen und unvorbereitet eingebracht werden. Es fehlt die strategische Linie, die erkennen ließe, was der Regierung jenseits der Wirkung auf die Innenpolitik und auf das Ziel der prestigereichen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat wichtig ist.

Es ist dringend notwendig, in Deutschland eine breite und gut ausgebildete außenpolitische Elite heranzuziehen und außenpolitische Themen fundierter und differenzierter in die öffentliche Diskussion zu bringen. Alle Parteien, auch die Medien, haben Mangel an Personal mit außen- und sicherheitspolitischen Kenntnissen und sicherem Urteil. Im neugewählten Bundestag ist die personalpolitische Decke sehr dünn. Das gilt auch für die Unionsparteien. "One thing is certain: Until Germany has a larger pool of experienced, big picture internationalists to offer, it will remain unready for the more assertive role in the world that Mr. Schroeder evidently wishes to play."⁴¹ Hier liegen die Defizite eines Landes ohne große außenpolitische Tradition.

⁴¹ Robert Gerald Livingston: Europe Germany's Underwhelming Political Elites, in: WeltTrends Nr.29, Winter 2000/20002; S.167.